

Bezirksregierung Münster
- Flurbereinigungsbehörde -

48653 Coesfeld, 31.01.2019

Leisweg 12

Tel: 0251/411-0

Flurbereinigung Darfeld
Az. 33.7 – 4 08 01 -

5. Änderungsbeschluss

Die Bezirksregierung Münster als Flurbereinigungsbehörde hat beschlossen:

1. Das durch den Flurbereinigungsbeschluss vom 09.12.2008 festgestellte und durch Änderungsbeschlüsse vom 15.02.2016, 12.10.2016, 04.11.2016 und 20.06.2018 geänderte Flurbereinigungsgebiet wird gem. § 8 Abs. 1 des Flurbereinigungsgesetzes - FlurbG - in der Fassung der Bekanntmachung vom 16.03. 1976 (BGBl. I S. 546), in der derzeit gültigen Fassung, wie folgt geändert:

Zum Flurbereinigungsgebiet werden die nachfolgend aufgeführte Grundstück **zugezogen** und auch insoweit die Flurbereinigung angeordnet:

Regierungsbezirk Münster
Kreis Coesfeld

Gemeinde Rosendahl
Gemarkung Darfeld ,
Flur 22, Flurstücke 7, 8

Kreis Steinfurt
Gemeinde Laer
Gemarkung Laer
Flur 4, Flurstück 48

Die zugezogenen Flurstücke sind auf der als Anlage zu diesem Beschluss genommenen Übersichtskarte, soweit zeichnerisch möglich, dargestellt. Das Flurbereinigungsgebiet hat jetzt eine Größe von ca. 990 ha.

2. Die Eigentümer und Erbbauberechtigten der zugezogenen Grundstücke werden Teilnehmer der durch den Einleitungsbeschluss vom 09.12.2008 gebildeten Teilnehmergemeinschaft der Flurbereinigung Darfeld mit dem Sitz in Rosendahl. Sie ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts (§ 16 FlurbG).
3. Von der Zustellung dieses Beschlusses an gelten auch für die in diesem Beschluss aufgeführten Flurstücke folgende zeitweilige Einschränkungen, die bis zur Unanfechtbarkeit des Flurbereinigungsplanes wirksam sind.
4. In der Nutzungsart der Grundstücke dürfen ohne Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde nur Änderungen vorgenommen werden, die zum ordnungsmäßigen Wirt-

schaftsbetrieb gehören (§ 34 Abs. 1 Nr. 1 FlurbG).

5. Bauwerke, Brunnen, Gräben, Einfriedigungen, Hangterrassen und ähnliche Anlagen dürfen nur mit Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde errichtet, hergestellt, wesentlich verändert oder beseitigt werden (§ 34 Abs. 1 Nr. 2 FlurbG).
6. Obstbäume, Beerensträucher, einzelne Bäume, Hecken, Feld- und Ufergehölze dürfen nur in Ausnahmefällen, soweit landeskulturelle Belange, insbesondere des Naturschutzes und der Landschaftspflege, nicht beeinträchtigt werden, mit Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde beseitigt werden (§ 34 Abs. 1 Nr. 3 FlurbG).
7. Holzeinschläge, die den Rahmen einer ordnungsgemäßen Bewirtschaftung übersteigen, bedürfen der Zustimmung der Flurbereinigungsbehörde (§ 85 Nr. 5 FlurbG).
8. Sind entgegen der Anordnung zu 4. und 5. Änderungen vorgenommen oder Anlagen errichtet oder beseitigt worden, so können sie im Flurbereinigungsverfahren unberücksichtigt bleiben. Die Flurbereinigungsbehörde kann den früheren Zustand gem. § 137 FlurbG wiederherstellen lassen, wenn dieses der Flurbereinigung dienlich ist (§ 34 Abs. 2 FlurbG). Sind Eingriffe entgegen der Anordnung zu 7. vorgenommen worden, so muss die Flurbereinigungsbehörde Ersatzpflanzungen auf Kosten der Beteiligten anordnen (§ 34 Abs. 3 FlurbG).

Sind Holzeinschläge entgegen der Anordnung zu 7. vorgenommen worden, so kann die Flurbereinigungsbehörde anordnen, dass derjenige, der das Holz gefällt hat, die abgeholzte oder verlichtete Fläche nach den Weisungen der Forstaufsichtsbehörde wieder ordnungsgemäß in Bestand zu bringen hat (§ 85 Nr. 6 FlurbG).

9. Zuwiderhandlungen gegen die Anordnungen zu Ziffer 5., 6. und 7. dieses Beschlusses sind Ordnungswidrigkeiten und können mit einer Geldbuße bis zu 1.000,-- Euro für den einzelnen Fall geahndet werden (§ 154 FlurbG, §§ 1 und 17 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten - OWiG - in der Fassung der Bekanntmachung vom 19.02.1987 - (BGBl. I S. 602), in der derzeit gültigen Fassung. Unter Umständen kann auch eine höhere Geldbuße auferlegt werden (§ 17 Abs. 4 OWiG). Außerdem können Gegenstände eingezogen werden, auf die sich die Ordnungswidrigkeit bezieht (§ 154 Abs. 3 FlurbG).

Die Bußgeldbestimmungen nach anderen Gesetzen bleiben unberührt.

Gründe

Die Voraussetzungen für die Änderung des Flurbereinigungsgebietes liegen vor. Die neue Abgrenzung des Flurbereinigungsgebietes entspricht dem Flurbereinigungszweck. Zweck der Flurbereinigung ist es unter anderem die Herbeiführung einer sinnvollen Neuordnung der land- und forstwirtschaftlichen Verhältnisse und der allgemeinen Landeskultur. Die Zuziehung dient der optimalen Neuordnung der land- und forstwirtschaftlichen Flächen. Die von der Zuziehung betroffenen Flurstücke sind nach Art, Lage und Nutzung geeignet, dem vorhin genannten Zweck der Flurbereinigung zu dienen. Die

optimale Zusammenlegung wäre ohne die vorgenommene Änderung nicht oder nur schwer erreichbar.

Die an der Änderung beteiligten Grundstückseigentümer sind gem. § 5 Abs. 1 FlurbG über das Flurbereinigungsverfahren aufgeklärt worden.

Rechtsbehelfsbelehrung

Gegen diesen Beschluss ist innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe der Widerspruch statthaft.

Der Widerspruch ist bei der

**Bezirksregierung Münster
Dezernat 33 Ländliche Entwicklung/Bodenordnung
- Flurbereinigungsbehörde -
Leisweg 12, 48653 Coesfeld**

schriftlich oder zur Niederschrift zu erheben.

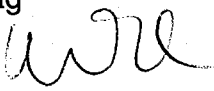
*Auf elektronischem Wege kann der Widerspruch wie folgt erhoben werden:
-durch De-Mail in der Sendevariante mit bestätigter sicherer Anmeldung nach dem De-Mail-Gesetz.*

Die De-Mail-Adresse lautet: poststelle@brms-nrw.de-mail.de.

-durch Übermittlung eines elektronischen Dokuments mit qualifizierter elektronischer Signatur an die elektronische Poststelle der Behörde.

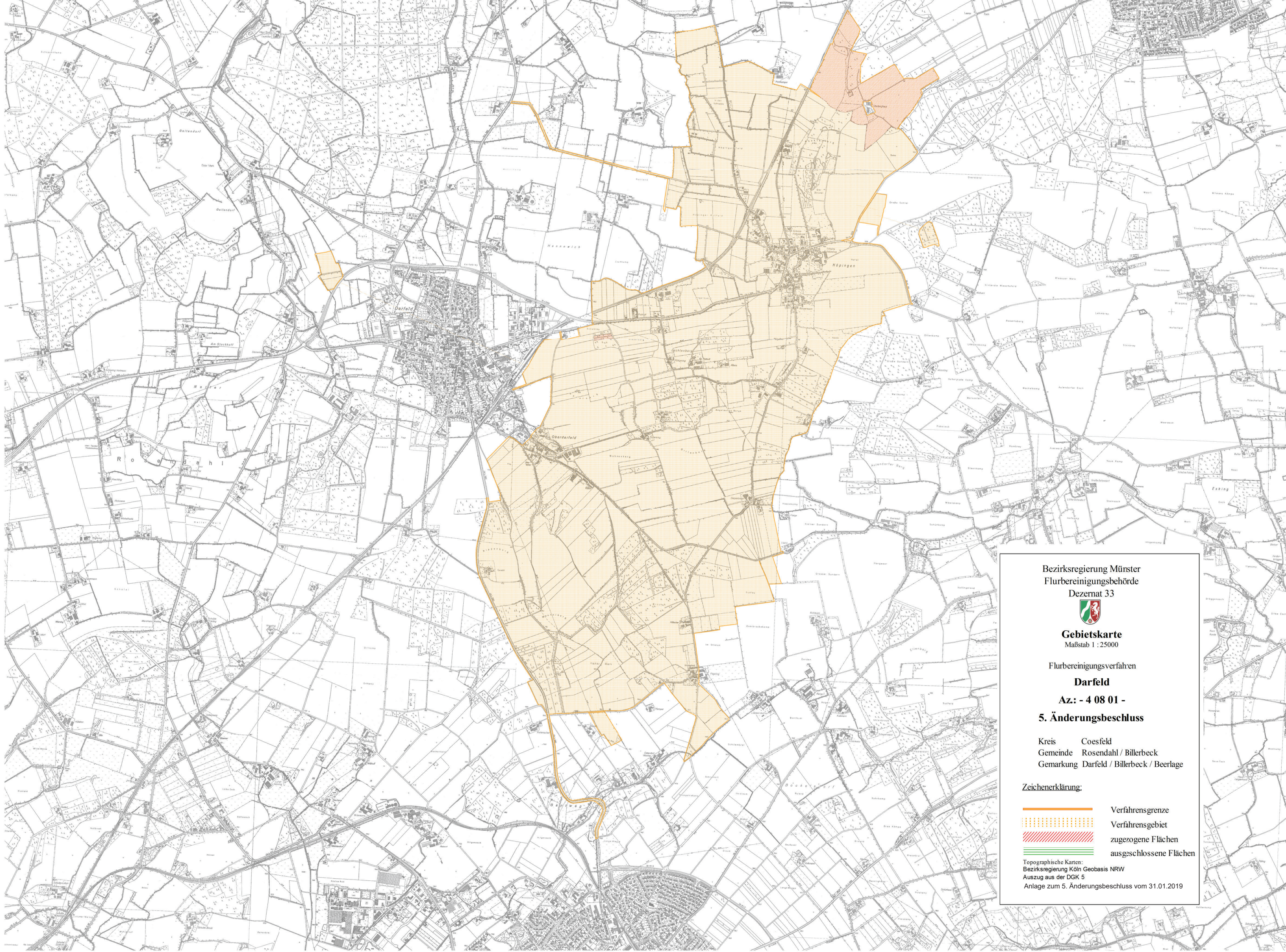
Die E-Mail-Adresse lautet: poststelle@brms.sec.nrw.de.

Im Auftrag



Kehl





Bezirksregierung Münster
Flurbereinigungsbehörde
Dezernat 33



Gebietskarte
Maßstab 1 : 25000

Flurbereinigungsverfahren

Darfeld

Az.: - 4 08 01 -

5. Änderungsbeschluss

Kreis Coesfeld
Gemeinde Rosendahl / Billerbeck
Gemarkung Darfeld / Billerbeck / Beerlage

Zeichenerklärung:

- | | |
|--|-------------------------|
| | Verfahrensgrenze |
| | Verfahrensgebiet |
| | zugezogene Flächen |
| | ausgeschlossene Flächen |

Topographische Karten:
Bezirksregierung Köln Geobasis NRW
Auszug aus der DGK 5
Anlage zum 5. Änderungsbeschluss vom 31.01.2019